

Bezugpreis:
Monatlich in Neuburg RM. 1.50.
Durch die Post im Orts- und Ober-
amtsbezirk, sowie im sonstigen in-
ländischen Verkehrsgebiet RM. 1.50 mit
Postzuschlag. Preise freibleibend.
In Fällen höherer Gewalt besteht
kein Anspruch auf Lieferung der
Zeitung oder auf Wiedererstattung
des Bezugpreises.
Bestellungen nehmen alle Post-
stellen, sowie Agenturen und
Anzeigenstellen jederzeit entgegen.
Verleger Nr. 4.
Direktions Nr. 24 bei der Oberamts-
Poststelle Neuburg.

Der Enztäler

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeitspalte ober-
halb des 2. Kz. 1. Zeilenbreite
10 Kz. 1. Zeilenbreite 100 Kz.
Zusatz: Offerte und Anzeigen-
erstellung 20 Kz. Bei größeren
Aufträgen Rabatt, der im Falle
des Monatsabnehmens fünfzig
Kz. beträgt, wenn die Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen nach Ab-
rechnung erfolgt. Bei Tarifver-
änderungen treten sofort alle früheren
Verbindlichkeiten außer Kraft.
Verständlich für beide Teile in
Neuburg. Für teile. Aufträge
wird keine Gewähr übernommen.
Erscheint täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuburg

Druck und Verlag der Reed'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Wiefinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Wiefinger in Neuburg.

Nr. 31

Dienstag den 7. Februar 1933

91. Jahrgang

Die preussische Regierung abgesetzt

Vizekanzler v. Papen erhält die Befugnisse des preussischen Staatsministeriums übertragen

W. Berlin, 6. Febr. Es wird folgende Verordnung zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen veröffentlicht:

Auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 der Reichsverfassung verordne ich folgendes:

Durch das Verhalten des Landes Preußen gegenüber dem Urteil des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich vom 25. Oktober 1932 ist eine Verwirrung im Staatsleben eingetreten, die das Staatsleben gefährdet.

Ich übertrage deshalb bis auf weiteres dem Reichskommissar für das Land Preußen und seinen Beauftragten die Befugnisse, die nach dem erwähnten Urteil dem preussischen Staatsministerium und seinen Mitgliedern zugehen.

Mit der Durchführung dieser Verordnung beauftrage ich den Reichskommissar für das Land Preußen.

Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 6. Februar 1933.

Der Reichspräsident (gez.) von Hindenburg.

Für den Reichskommissar (gez.) von Papen,

Stellvertreter des Reichskommissars.

In der Begründung zur Verordnung über die Übertragung der Befugnisse des preussischen Staatsministeriums auf den Reichskommissar wird auf die Entscheidung des Staatsgerichtshofes hingewiesen, in der es u. a. heißt:

Soweit die Landesregierung in dem ihr verbleibenden Bereiche die Geschäfte in einer Art führen sollte, in der eine Pflichtverletzung gegenüber dem Reich zu erblicken ist, würde der Reichspräsident aufgrund von Artikel 48 Absatz 1 weitergehende Eingriffe in die Rechte des Landes vornehmen können. Im übrigen habe es bei dem preussischen Landtag zu versuchen, ob durch Bildung einer neuen preussischen Landesregierung dem jetzigen Zustand ein Ende bereitet werden würde.

Im Anschluß hieran wird in der Begründung zur Verordnung ausgeführt, daß der gegenwärtige provisorische Zustand unerträglich und mit dem Wohl des Staates unvereinbar sei. In den Handlungen des Landtages und des Ministerpräsidenten, die tatsächlich bewirkt, daß dieser Zustand aufrecht erhalten bleibe, liege die Pflichtverletzung des Landes, auf der die gegenwärtige Notverordnung beruhe.

Preußen-Landtag aufgelöst

Neuwahlen am 5. März

W. Berlin, 6. Febr. Am Montag nachmittag ist im Dreimänner-Kollegium mit den Stimmen des Reichskommissars von Papen und des Landtagspräsidenten Kerl die Auflösung des preussischen Landtags zum 4. März beschlossen worden. Die Neuwahl des preussischen Landtags soll gleichfalls am 5. März erfolgen.

Der Präsident des preussischen Staatsrats Dr. Adenauer beteiligte sich an der heutigen Abstimmung im Dreimänner-Kollegium nicht und begründete seine Haltung folgendermaßen:

Die neue Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes

Berlin, 6. Febr. (Fig. Meld.) Die heute im Reichsgesetzblatt erschienene neue Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes stellt im wesentlichen eine Zusammenfassung aller einschlägigen Bestimmungen dar; sie enthält zum sehr großen Teil Anordnungen, die in früheren entsprechenden Verordnungen bereits enthalten waren.

Eine derartige Bestimmung ist beispielsweise im § 3 enthalten, wonach die Polizei in jede öffentliche Versammlung Beauftragte entsenden kann. Von den im § 9 enthaltenen Bestimmungen über das Verbot von periodischen Druckschriften sind gleichfalls die meisten aus der alten Verordnung vom 6. Oktober vorigen Jahres übernommen. Die darin genannten leitenden Beamten sind für das Reich der Reichskommissar, die Reichsminister und die Staatssekretäre. In den einzelnen Ländern werden die leitenden Beamten durch besondere Ausführungsbestimmungen bezeichnet. Neu ist in dem § 9 über das Verbot periodischer Druckschriften lediglich die Bestimmung, daß auch bei Aufforderung zu einem Generalkreuz und zu einem Streik in einem lebenswichtigen Betrieb ein Verbot ausgesprochen werden darf.

Hinsichtlich der Frage, welche Betriebe als lebenswichtig anzusehen sind, wird von zuständiger Seite betont, daß darüber keine feststehenden Feststellungen vorliegen. Nach dem allgemeinen Sprachgebrauch sind aber solche Betriebe als lebenswichtig anzusehen, bei deren Stilllegung ein öffentlicher Notstand eintreten würde, vor allem also Versorgungs- und Verkehrs- betriebe. Hervorzuheben ist in dem Abschnitt II über Druckschriften weiter der § 11, der auch ein Verbot der als Erlös für eine verbotene Druckschrift zugestellten Druckschriften vorseht, und soweit es sich um eine Druckschrift handelt, die in einem anderen Lande erscheint als die verbotene, die Möglichkeit enthält, die betreffende Landesbehörde um das Verbot der Erlaubdruckschrift zu ersuchen.

Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Februar wider-
spricht dem Artikel 17 der Reichsverfassung und dem vom
Staatsgerichtshof in dem Urteil vom 25. Oktober 1932 daraus
gezogenen Folgerungen. Ich bin daher nicht in der Lage, an-
zuerkennen, daß der Herr Reichskommissar v. Papen das nach
Artikel 14 der preussischen Verfassung dem Ministerpräsidenten
zustehende Recht ausüben beabsichtigt ist. Ich lehne es daher ab,
an den Abstimmungen teilzunehmen und verweise in sachlicher
Hinsicht auf meine Erklärung vom 4. Februar.

Der Staatsgerichtshof wird angerufen

Berlin, 6. Febr. (WdZ.) Ueber die Auffassung des preussischen Staatsministeriums zur Verordnung des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen am 6. Februar wird folgendes mitgeteilt:

Die preussischen Staatsminister erheben schärfsten Wider-
spruch gegen die Verschuldung, daß das Land Preußen seine
Pflichten gegenüber dem Reich verletzt habe. Die amtliche Ver-
gründung der Reichsregierung zur Verordnung sieht das
angedehnte Verschulden des Landes Preußen darin, daß der
preussische Landtag keine Reichsregierung gebildet und sich
nicht aufgelöst habe und daß der Ministerpräsident dazu mit-
gewirkt habe, daß die Auflösung unterblieb. Demgegenüber
wird zunächst folgendes festgestellt: Die Bildung einer Reichs-
regierung durch die NSDAP und das Zentrum scheiterte
daran, daß die Reichsregierung über sich keine verpflichtende
Zusicherung abgab, daß sie nach Bildung dieser Regierung den
für Preußen eingewählten Reichskommissar zurückziehen werde.
Zur vorzeitigen Auflösung eines Landtags besteht übrigens
keinerlei rechtliche Pflicht, geschweige denn eine Pflicht gegen-
über dem Reich.

Die Reichsregierung hat nicht einmal eine Aufforderung
zur Auflösung an die preussische Regierung gerichtet. Es lag
lediglich der Wunsch der NSDAP und der des Landtagspräsi-
denten Kerl vor, für die Nichtauflösung des Landtags im
jetzigen Zeitpunkt war wesentlich, daß in der augenblicklich un-
ruhigen Zeit nicht beide Parlamente in der Reichshauptstadt
gleichzeitig vollständig ausgeschaltet werden können. Wenn die
Reichsregierung ferner hervorhebt, daß die Preussenregierung
sich zu ihrer Information der preussischen Ämter und Beamten
bedient habe, so ist darauf hinzuweisen, daß dies der preussischen
Regierung durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom
18. November 1932 vorgeschrieben worden ist. Dort heißt
es ausdrücklich in Nummer 10, daß den Ministern mit der
Bearbeitung der ihnen verbliebenen Aufgaben betrauten Mi-
nisterialbeamten zum Vortrage zur Verfügung zu stellen und
Akten vorzulegen sind. Hieron haben die Staatsminister spar-
samsten Gebrauch gemacht. Wenn die jetzigen Zustände un-
berichtigend sind, so beruht das auf der Einsetzung und Aus-
gestaltung des Reichskommissariats und der wenig entgegen-
kommenden Ausführung der Entscheidung des Staatsgerichtshofes
durch den Reichskommissar, die in vielen Punkten dem
Sinn der Entscheidung widerspricht. Die neue Verordnung
verlißt ferner gegen die Reichsverfassung und gegen die
Grundsätze der Entscheidung des Staatsgerichtshofes.

Die preussische Staatsregierung wird unverzüglich die
Entscheidung des Staatsgerichtshofes anrufen.

Das im Abschnitt II zugelassene Verbot von Sammlungen
zu politischen Zwecken ist ebenfalls in den früheren Verord-
nungen noch nicht enthalten gewesen. Der Anlaß zu dieser
Verbotsmaßnahme ist die Tatsache, daß es bei diesen politischen
Sammlungen wiederholt zu Mißständen gekommen ist.

Die Parteien auf der Reichsliste

Berlin, 6. Febr. Wie bekannt wird, hat der Reichsminister
des Innern die Nummernfolge der einzelnen Parteien zur
vorstehenden Reichstagswahl auf der Reichsliste wie folgt
festgesetzt:

1. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, 2. Sozial-
demokratische Partei Deutschlands, 3. Kommunistische Partei
Deutschlands, 4. Deutsche Zentrumspartei, 5. Deutschnationale
Volkspartei, 6. Bayerische Volkspartei, 7. Deutsche Volkspartei,
8. Christlich-Sozialer Volksdienst, 9. Deutsche Staatspartei,
10. Deutsche Bauernpartei, 11. Landbund (Württembergischer
Bauern- und Weingärtnerbund), 12. Deutsch-Hannoversche
Partei, 13. Thüringischer Landbund, 14. Reichspartei des deut-
schen Mittelstandes (Wirtschaftspartei).

Der Festlegung dieser Nummernfolge war eine Aussprache
der Parteiführer im Reichsinnenministerium vorausgegangen.
Auf etwaige Äußerungen in den einzelnen Wahlkreisen
brauchte man bei Aufstellung der Nummernfolge für die
Reichsliste keine Rücksicht zu nehmen. Die Parteien haben
vielmehr noch bis zum 16. Februar Zeit, solche Äußerungen
in den einzelnen Wahlkreisen einzugehen. Es sind
entschiedene Bestrebungen auf Äußerungen kleinerer Par-
teien im Gange, die das Ziel verfolgen, alle für diese Parteien
abgegebenen Stimmen zu vermerken.

Der Reichsminister des Innern hat zum Reichsvolkswahl-
den Präsidenten des Statistischen Reichsamtes, Geheimen Re-
gierungsrat Professor Dr. Wagemann, ernannt.

Hugenberg über die Frage der Zinsentung

Berlin, 6. Febr. In einer Unterredung, die ein Mitarbeiter
des Berliner „Volkswirtschaftler“ mit Dr. Hugenberg hatte,
erklärte dieser u. a.:

Sie legen mir eine Reihe von Fragen vor, die sich auf
die angebliehen wirtschaftspolitischen Pläne der neuen Regie-
rung beziehen. Von verschiedenen Seiten sind in der Presse
darüber sehr widerspruchsvolle Behauptungen aufgestellt. Von
mir stammen diese Nachrichten nicht. Wohin im allgemeinen
meine wirtschaftspolitischen Auffassungen gehen, brauche ich
nicht darzulegen, da ich ja in dieser Hinsicht kein unbeschriebenes
Blatt bin. Wie und wo im einzelnen die vielen breiten-
den Fragen anzufassen sind, möchte ich mit derjenigen Ruhe
entscheiden, die man auch in unruhigen Zeiten nicht verlieren
soll. Zu überleiteten Experimenten ist die Zeit ebensovienig
angehen wie für Positivität. Ich bitte freundlichst davon aus-
zugehen, daß alles falsch ist, was in diesen Tagen über wirt-
schaftspolitische Absichten geschrieben wird, wenn es nicht von
mir kommt. Insbesondere bin ich mir darüber klar, daß es
eine Borse gibt, und daß es nicht die Aufgabe des Wirtschafts-
ministers sein kann, zu spekulativen Entwicklungen Anlaß zu
geben. Mir scheint, daß diejenigen schlecht beraten sind, die
jetzt auf unseren Rentenmarkt drücken.

Zwangseingriffe in die bestehenden Zinsvereinbarungen,
wie sie die Dezemberverordnung des Kabinetts Brünning
empfehlte, entsprechen meinen wirtschaftspolitischen Auf-
fassungen ebensowenig wie sonstiges herumspulieren des
Staates an Dingen, die sich organisch aus sich selbst ent-
wickeln können.

Damit vertritt ich natürlich nicht die Theorie vom Staate
als Nachmittell. Daß Staat und Wirtschaft an einer organi-
schen Entzweiung des übermäßig hohen Zinsfußes gleichmäßig
interessiert sind, bedarf keines Wortes. Auch für den Gläu-
biger ist die so oft bedrohte Sicherheit des Spartankontos wich-
tiger als die Höhe des durch die organische Entwicklung der
wirtschaftlichen Verhältnisse bedingten Zinsfußes. Darum gibt
es in Wahrheit keinen Gegensatz zwischen Schuldnern und
Gläubigern. Ihr gemeinsames Interesse besteht in der Wieder-
herstellung der Sicherheit, d. h. des Vertrauens.

Der Reichsminister verzichtet auf Gehalt

München, 6. Febr. (Fig. Meld.) Wie die Reichspress-
stelle der NSDAP mitteilt, ist Reichsminister Adolf Hitler
gestern bei eintretender Dunkelheit mit dem Flugzeug von
Berlin hier eingetroffen. Er widmet sich zunächst privaten
Angelegenheiten, dann aber auch der Vorbereitung der Reichs-
tagswahl. Die Leitung der nationalsozialistischen Bewegung
verbleibt auch für die Zukunft in München. Wie weiter mit-
geteilt wird, beziehe Hitler im übrigen als Reichsminister kein
Gehalt, da er sich als Schriftsteller genügend Geld verdient
habe. Auf seine Bezüge als Reichsminister habe er verzichtet
geleitet.

Meuterer entführen ein Panzerschiff

Amsterdam, 6. Febr. Aus Batavia wird gemeldet,
daß auf dem auf der See von Cleh-Rel liegenden Panzer-
schiff „De Jemen Provincien“ die eingeborene Besatzung in
Abwesenheit des Kommandanten und eines Teiles des Stabes
am Samstagabend die neun an Bord befindlichen Offiziere
mit ausgepacktem Bajonett gefangen nahm und dann mit
dem Schiff in der Nacht zum Sonntag die See verließ.

Der von dem Befehlshaber sofort unterrichtete Kommandant
des „Jemen Provincien“ schiffte sich darauf mit den übrigen
Offizieren sowie den europäischen Unteroffizieren und der
europäischen Besatzung seines Schiffes an Bord des Regie-
rungsdampfers „Aldebaran“ ein, um sein Schiff zu verlegen.
Man nimmt an, daß die „Jemen Provincien“, die normaler-
weise 15 Knoten läuft, unter den jetzigen Umständen noch
8 Knoten machen kann, während der „Aldebaran“ eine Ge-
schwindigkeit von 10 Knoten hat. Weiter hat ein zu Neuhagen
an der Südküste von Celebes befindliches Geschwader von
Kriegsfahrzeugen im Zusammenhang mit dem Geschehenen
Kurs nach den Gewässern von Krieg genommen.

Die auf dem Panzerkreuzer ausgebrochene Meuterei hat
in ganz Holland gewaltiges Aufsehen hervorgerufen. Auch in
Regierungskreisen empfindet man die Vorfälle an Bord der
„Jemen Provincien“ als eine sensationelle Ueberraschung, auf
die man trotz der Meldungen über eine starke Beunruhigung
bei der niederländisch-indischen Flotte über die wiederholten
Besoldungsstörungen nicht vorbereitet war. Im Ministerium
für Landesverteidigung betrachtet man die Meuterei als außer-
ordentlich ernst. In holländischen Marinekreisen bezeichnet
man es als unangenehm, daß es den eingeborenen Matrosen
ohne die Mitwirkung von europäischen Offizieren oder Unter-
offizieren gelungen sein soll, ein so großes Kriegsschiff wie die
„Jemen Provincien“, das circa 3500 Tonnen wiegt, in See
gehen zu lassen.

Am Bord des „Aldebaran“ ist ein Aufstand von der
„Jemen Provincien“ eingegangen, wonach deren Besatzung
bereit ist, 24 Stunden vor der Ankunft im Hattenhakenpunkt
Sorabaya den Kommandanten und den restlichen Teil der Be-
satzung mit den üblichen Ehrenbezeugungen wieder an Bord
zu nehmen.

Gleichzeitig ist von der „Jemen Provincien“ ein Auf-
stand abgegangen, der an die Weltpresse gerichtet ist. Darin
heißt es, daß das Vorgehen der Besatzung als Protest gegen
die unangenehmste Besoldungsstörung und als Vergeltungs-
maßnahme für die Verhaftung zahlreicher Matrosen, die gegen
die Besoldungsstörung protestiert hatten, anzusehen sei. Am
Bord der „Jemen Provincien“ sei alles ruhig. Es habe keine
Verwundeten gegeben.



Die Rotters schon Viechtensteiner Staatsangehörige

München, 6. Febr. Die die Tel.-Union aus zuverlässiger Quelle erfährt, sind die beiden Berliner Theaterdirektoren Fritz und Alfred Rotters, die sich des Betruges, der Untreue und des Kontursverbrechens schuldig gemacht haben, inzwischen nach Viechtenstein gelangt und haben bereits die dortige Staatsangehörigkeit erworben.

Nationalsoz. Teuerungszug in Duisburg beschossen

w. Duisburg-Hamborn, 6. Febr. Bei der Verurteilung des bei den Hambornern erschossenen SA-Mannes Hofmann kam es heute nachmittag zu einem Zwischenfall, dessen Verlauf durchschlagend wurde. Er pläglich anheimelnd vom Eisenbahngelände aus, salbenartig beschossen. Die Menge, die auf der Straße Qualier bildete, hob panikartig auseinander. Hierbei kamen viele Personen zu Fall. Der Vorfall spielte sich unmittelbar in der Nähe des Polizeipräsidiums ab. Schutzpolizei, verstärkt durch auswärtige Kommandos, hatten alle Vorkehrungen zur Sicherung des Juges getroffen. Es konnte noch nicht festgestellt werden, ob und wieviele Personen verletzt worden sind.

Den Österreich. Heeres-Chiffreschlüssel verkauft?

Wien, 6. Febr. Die Wiener Sonn- und Montags-Zeitung weiß von einem sensationellen Spionagefall im Heeresministerium zu berichten. Mehrere Personen, darunter ein Telegraphist des Heeresministeriums, sollen verhaftet worden sein. Die Erhebungen hätten ergeben, daß durch Vermittlung dieses Telegraphisten und eines an einer österreichischen Grenze beschäftigten Försters der Chiffreschlüssel für den Verkehr der einzelnen österreichischen Garnisonen und Militärbehörden untereinander bei vertraulichen Mitteilungen an eine ausländische Macht verkauft worden sei.

250 Gläubiger Deutschlands

Während bei uns die denkbare größte Regierungskrise herrscht, berichten 250 Gläubiger Deutschlands über die Risiken, die vorerst bis zum 28. Februar 1933 stillgehalten sein sollen. Leider verhandelt sich die Mehrzahl der Gläubiger nicht zu einer Verlängerung des Stillhalteabkommens. So schlingen die Amerikaner die ratenweise Abzahlung vor, die Franzosen möchten gerne Ertrag durch Kohlenlieferungen, die Holländer hätten etwas von neuen Auslandskrediten, während wieder andere die Frage durch „Registrierungs-Kontos“ möglichst unübersichtlich gehalten wollen. Wie diese Vorschläge nützen samt und sonders nichts. Es ist nicht nur zum Vorteil des Schuldners, sondern auch der Gläubiger, wenn die einst gewährten Kredite in Deutschland verbleiben. Denn es nämlich mit einem baldigen Auffassung der deutschen Wirtschaft zu rechnen, an dem die Gläubiger „kapitalistischen Anteil“ nehmen werden. Da selbstverständlich sich das Risiko der ausländischen Anleihen bis dorthin wesentlich vermindert, so ist es eine gerechte Forderung Deutschlands, wenn die Risikoprämie, die im hohen Zins enthalten ist, gestrichen würde. Mit anderen Worten: Deutschland hat ein wirtschaftlich begründetes Recht auf nochmaligen Ausbaue der stillgehaltenen Kredite. Ob dies die 250 Gläubiger des 60-Milliarden-Volkes wohl einsehen werden?

Der Mandchurei-Staat wird nicht anerkannt

Die Beratungen in Genf

w. Genf, 6. Febr. Der Konferenz-Ausschuß der außerordentlichen Völkerbundversammlung hat heute die Beratungen über praktische Vorschläge, die der Völkerbundversammlung zur Regelung des sinesisch-japanischen Konfliktes gemacht werden sollen, fortgesetzt.

Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die Mitglieder des Ausschusses sich ziemlich übereinstimmend dahin ausgesprochen haben, daß der Bericht an die Völkerbundversammlung die juristische und tatsächliche Nichtanerkennung des Mandchurei-Staates enthalten soll und daß die Mitgliedsstaaten des Völkerbundes sogar aufgefordert werden, mit dem neuen Staat nicht zusammenzuarbeiten. Weiter heißt es, daß die Nichtmitgliedsstaaten, vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika und Sowjetrußland, aufgefordert werden sollen, sich der Haltung des Völkerbundes anzuschließen.

Aus Stadt und Land

Neuenbürg, 7. Febr. Seit Wochen trassieren unter der Einwohnerschaft Gruppe und rote Blasen. Während bei den Erwachsenen und Schulkindern mehr die Gruppe, mitunter in recht bössartiger Form auftritt, sind die Kleintinderchüler bei- nahe reiflos von den roten Blasen befallen. Von 106 Schül- lingen befinden gegenwärtig kaum 20 die Schule. Auch in den übrigen Schulen sind große Ausfälle, teils bis zu 50 Prozent zu verzeichnen. Vielleicht wäre es das Beste gewesen, den Unter- richt vorübergehend einzustellen.

Neuenbürg, 7. Febr. Der Verwaltungsrat der Kreis- Feuerwehrl hat in seiner gestern abend abgehaltenen Sitzung u. a. beschlossen, die heutige lächelnde Generalver- sammlung am Samstag, den 11. März, abends, abzuhalten. Alles Nähere wird zu gegebener Zeit noch durch Internat be- kanntgegeben werden.

(Wetterbericht.) Infolge einer nordwestlichen De- pression ist für Mittwoch und Donnerstag immer noch unde- kündiges, ziemlich mildes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 5. Febr. Mit dem Eintritt des Februar geht bereits neues Frühlingserwachen durch die Lüftliche Bevölkerung, die mehr als andere Berufsstände von der Günst der Witterung abhängig ist. Fast scheint es, als ob der heutige Winter mit seiner Herrschaft zu Ende wäre. Dabei zeigte er nur verhältnismäßig kurze Zeit ein strenges Gesicht, so daß sich die alte Bauernregel bewahrheitet: „Strenge Herren regieren nicht lang.“ Heute hatten wir den schönsten Frühlingst- ag. Die Vienen fliegen und durchschwärmen die Früh- lingslüfte wie zur Reizzeit. Der Bienenwatter, der mit Wohlgefallen diesem Tau und Treiben zuschaut, zählt die Säugler seiner Vienen und sich, es fehlt kein teures Haupt. Im großen ganzen kann der Landwirt mit dem Winter zu- frieden sein. Die Früchte haben, soweit bis jetzt bekannt ist, nicht viel gelitten, dafür aber bemerkt, daß der Ackerboden durch ein vortreffliches Austrocknen gelockert worden ist. Freilich fehlt der Schnee, der nicht bloß eine schützende Decke für die Winter- saaten bildet, sondern dem Ackerboden auch nährenden Stoffe zuführt. Hält die gegenwärtige milde Witterung in Verbin- dung mit den wärmenden Strahlen der nun höher steigenden Sonne an, was der Bauer eigentlich am Anfang des Februar noch nicht einmal wünscht, so trocken die Ackerflächen rasch ab und verlocken, wie schon wiederholt in den vergangenen Jahren, zu früher Ausfaat des Sommergetreides. Mandmal geht aber der Übergang vom Winter auf den Frühling nicht ganz so schnell vor sich, vielmehr trifft es zu, daß wenn der Februar gar zu warmes Wetter beschert, der März desto härtere Fröste und noch reichlich Schnee bringt. — Durch die Umkreisung eines höheren Hügels macht die untere Bahn- hofstraße an jener Stelle eine scharfe Krümmung, die anßerdem die nötige Ueberhöhtigkeit vollständig anschießt. Es sind deshalb an dieser Stelle schon unglückliche Unfälle durch Zusammenstoße von Autos, Fahrrädern und Fußgänger- vorkommen. Dem Kreis- Arbeitsdienst ist es zu danken, daß dieser „Unglücksbündel“ nun endgültig verschwindet. Die Hälfte des Aufwands ist bereits abgetragen und es wird nicht mehr lange anhalten, so wird er verschwunden sein.

Birkenfeld, 6. Febr. Samstag abend hielt die Kreis- Feuerwehrl ihre Generalversammlung im Gast- hause zum „Höhen“ ab, welche sehr gut besucht war. Kommandant Zeuser eröffnete dieselbe und gab die Tages- ordnung bekannt. Als Ueberraschung teilte der in Vertretung des Ortsvorstehers erschienenen Ortsbauwehrl R. K. mit, daß er dem langjährigen Kommandanten Zeuser im Auftrag des Wärtl. Feuerwehrlverbandes als Zeichen treuer Pflichterfüllung des Verdienstkreuz zu übermitteln habe; er sprach dem Kommandanten besonderen Dank der Wehrl und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Wehrl auch in Zukunft treu zu ihrem bewährten Führer stehen möge. Kommandant Zeuser dankte dem Vertreter der Gemeinde und richtete den Appell an die Mannschaft, auch in Zukunft treu zusammenzuhalten, so daß das gute Ansehen der Wehrl sowie die Schlagkraft erhalten bleiben möge, dies sei sein aufrichtiger Wunsch. Erlebender Kommandant Ehr. Völlmer schloß sich diesen Worten an und hob besonders das gute Zusammenarbeiten mit den übrigen Führern hervor. Von Schriftführer

R. Roth wurde das Protokoll der letzten Versammlung ver- lesen. Den Tätigkeitsbericht erstattete der Vorsitzende, welchem zu entnehmen war, daß der Mitgliedsstand 163 Aktive und 13 Passiv einschließlich Ruft und Spielzeuge betrage. Einget- retten sind in diesem Jahr 19, ausgetreten 4 Mitglieder. Ueb- ungen wurden abgehalten für die Gesamtwehrl 4, für den Löschzug 8 mit einer Beteiligung: Gesamtwehrl 87,4 Prozent, Löschzug 96 Prozent. Ferner wurden abgehalten zwei Ver- sammlungen, ein Ausflug, Beilegung am Bezirksfeuerwehrl- tag in Schwann und am Deutschen Feuerwehrltag in Karls- rube. Anlässlich des letzten Großbrandes brachte der Vorsitzende vom Gemeinderat ein Dankschreiben an die Wehrl zur Ver- lesung. An Anordnungsgegenständen wurden im letzten Jahr Schläuche, Laternen usw. im Betrag von 733,75 RM. ange- schafft. Die Verwaltung erledigte ihre Arbeiten in sieben Sitzungen. Den Kassenbericht erstattete Kassier Emil D. a. d. Den Revisionsbericht gab Ehr. Stumpf, worauf dem Kassier einstimmige Entlastung erteilt wurde. In diesem Anlaß feiert die Wehrl ihr 50jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß soll im Sommer ein Feuerwehrl abgehalten werden und wurde die Abhaltung mit großer Mehrheit beschlossen. Die Vorbereitungen hierzu soll die Verwaltung in Angriff nehmen. Bei den Wahlen wurde in geheimer schriftlicher Abstimmung einstimmig Kommandant Zeuser, sowie dessen Stellver- treter Christian Völlmer einstimmig wiedergewählt, ebenso in geheimer schriftlicher Abstimmung der Kassier Emil D. a. d., der Schriftführer Karl Roth und zum Generalsekretär Karl Kull auf die Dauer von fünf Jahren. Zum Vereindner wurde Rudolf F. zu Generalsekretären Karl Reuser und Fritz Gent gewählt. Die Justizverordnungen werden geson- dert vorgenommen in verschiedenen Fällen und zwar am 11. 2. der Löschzug im „Höhen“, der 2. Zug im „Alden“, der 3. Zug in der „Krone“, am 18. 2. der 1. Zug in der „Anstalt“ und der 4. Zug im Hotel „Schwarzwaldhaus“. Ein Ausflug soll am Sonntag den 7. Mai veranstaltet werden über Bächen- brunn, Anstaltsturm, Engelsbrunn, Gröfenthal zurück. Nach Erledigung verchiedener kleinerer Angelegenheiten konnte der Vorsitzende die schon verlanste Versammlung schließen. K. R.

Birkenfeld, 5. Febr. (Generalversammlung der Zentral- Kranken- und Sterbefälle der Gold- und Silberarbeiter. Er- stattete: Schwab, Gmünd, Verwaltungsstelle Birkenfeld.) Der Vorstand H. F. J. eröffnete um 13 Uhr die Versammlung und konnte 106 Mitglieder begrüßen. Die in der Tagesord- nung aufgeführte Tagesordnung wurde noch einmal bekannt- gegeben. Der Vorstand führte aus, daß sich der Mitglieder- stand um 12 erhöhte, 3 sind durch Tod von uns gegangen. Die Versammlung erbat die Verbuchungen durch Erben von den Sihen. An Krankengeld wurden 899 Tage vergütet. Krankenanstalten kommen 23 in Vergütung. Sonstige Ver- gütungen sind ebenfalls zahlreich. Der Kassenbericht vom Kassier Völlmer ergibt eine Einnahme von 15923,65 RM. gegenüber einer Ausgabe von 34540,48 RM., somit einen Kassenbestand von RM. 1388,17. Dem Vorjahre gegenüber ist eine Einnahmevermehrung von RM. 1000.— zu verzeichnen; dies infolge schlechten Geschäftsganges und der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenbeiträge bringen immer mehr Arbeit für den Kassier. Entlastung wurde demselben einstimmig erteilt. In weiterer Ausführung des Vorstandes wurden die Kende- rungen in Bezug der Krankenkassen geleistet. Ein Sturm der Entrüstung löste sich in der Hauptversammlung gegen den vom Hauptvorstand mit Auto eingeleiteten Posten des Krankenkassentrolleure. Die Versammlung wandte sich insbeson- dere gegen den Aufsichtsvorstand Schüttel-Vorstand. In längeren Ausführungen der Diskussionsredner wurde der Eintritt Schüttels verlangt, zumal er noch sonstige Einkom- men in verschiedenen Kreisen besitzt. Die Befugnisse der Anträge zur Satzungsänderung zur außerordentlichen Gene- ralversammlung am 10. 2. 33 in Stuttgart bringen der Mit- gliedschaft das Bewußtsein, daß auch in Gmünd die Diktatur mit Entziehung der Mitglieder eingezogen ist, mit Sparmaß- nahmen nach unten. Die Gehälter der Hauptfunktionäre zu fügen in dieser Notzeit denkt niemand mit Ernst. Auf Grund dessen nimmt die Generalversammlung folgende Entschlie- sung an: Die Generalversammlung verlangt auf das schärfste vom Hauptvorstand, die Satzung so zu ändern, daß den Mit- gliedern mehr Rechte und nicht nur Pflichten zugesprochen werden, auch müssen die Mitglieder des Hauptvorstandes ihre Einkommen den gegenwärtigen Verhältnissen anpassen. Von dem Bezirksdelegierten zur außerordentlichen Generalver- sammlung wird verlangt, gegen die geplanten Entrechtungs- anträge zu stimmen mit der Auflage, für die Mitgliedschaft des Bezirks alles zu tun, was in deren Interesse liegt. Sollten diese Entschlüsse nicht durchgehen, wird eine sehr große Anzahl Mitglieder ihren Austritt erklären. In keiner Weise wurde die örtliche Verwaltung angegriffen, son- dern nur Hauptverwaltung und Aufsicht. Die Versamm- lung wurde um 6 Uhr geschlossen. L.

ss. Herrmann, 5. Febr. Am vergangenen Samstag ver- anstalteten die Eisenbahner (Zahnverband der Privatbahnen- ber, Ortsgruppe Ettlingen) im Bahnhofs-Restaurant Voos

Vorzügl. Fleischbrühsuppen
bereitet man schnell und billig aus
MAGGI'S
Fleischbrüh-Würfeln
Einschmelzmerke Einhalt! Eierschlich, Teigwaren usw.
5 Würfel (1 1/2 Stange) 17 Pf.

Der Kaiserwalzer

Ein Roman aus Österreich von S. Kayler.

Der Onkel macht einen köstlichen Eindruck. Pepis Rede wirkt. Er weiß, daß er die Wahrheit spricht und es mürmt ihn.
„Ja, aber... Pepi!“
„Und da bringt die Frau mit in dieser Familien- angelegenheit!“
„A mein nur, Pepi!“ beginnt der alte Herr ganz vor- sichtig. „Es geht doch net, daß Du die Babette heiratst. Ist a bildhaueres Madel und... so gut schauts aus!“
„Net wahr, Onkel?“ fragt der Pepi.
„Ja, des ist alles, aber... bist doch der Baron und wirtst doch mal das Majorat haben!“
„Des ist net a Witz!“
„Aber ja doch! Na, na, da ist bei mir nix mehr zu befürchten. Aber denk doch nun, das Hausgesetz der Hol- gendorffs verlangt eine ebenbürtige Gemahlin!“
„Des Gesetz laßt sich ändern!“
„Des kann nur der Kaiser!“
„Denn geh: zum Kaiser!“
„Der tut net!“
„Denn freit: auf das ganze Majorat! Mein Babet- tel will i haben! Ist langsam Zeit, daß in die Holgen- dorffs mal frisches Blut kommt! Immer geheirat worden in die Verwandtschaft! Tut net gut! I heirat die Babett!“
„Aber Pepi, denn kriegt doch der Paul das Majorat! Du weist...: kann ihn net auslöchen!“
„A auch net, aber i lass nix machen!“

Da wandte sich der Onkel hilfesuchend an die Babette.
„Fräulein Babette...: seien Sie doch vernünftig! Sie g'fallen mir so arg gut, aber es geht doch net! Sie werden noch einen guten, netten Mann finden!“
Der Babett stehen Tränen in den Augen, hilfesuchend blidt sie auf den Pepi.
„Net! net weiter, Onkel! Bennst mi net verstehst, kann i Dir net helfen! Die ändern werden auch lachen, aber i heirat die Babett und wenn Du mir keinen Kreuzer net mehr gibst! Ist ganz zwecklos, da noch a Wörtl zu reden!“
Da erkennt der Onkel, daß alles umsonst ist. Er nimmt Platz am Herd und gukt sich um.
„Wiso hier schaffst?“
„Ja!“
„Daß Du das so rosch hast verstanden, das ist aller- hand!“
„Net wahr, Onkel? Weist, so ganz a Dummer bin i eben doch net! Onkel...: wart immer so gut zu mir! Köchst Dir schon zu Liebe tun, aber siehst, gegen die Liebe da kann i net! Wenn i Dir sagen könn, wie i die Babette lieb hab! Da würdst garnix mehr sagen, sondern nur sagen: Herd's glücklich miteinander, Kinderln! Ja, das würdst sagen, nix anders!“
„I möchst ja so gern! I red' auch kein Wort nimmer! I möcht nur, daß Du das Majorat kriegst, bist mir doch immer so ans Herz gewachsen gewesen, das weist doch!“
Dann reden sie weiter.
Der Pepi ist so verschämlich in allem, nur in der Liebe nicht. Der Onkel muß essen, er brät ihm die Leber eines delikaten Gänschens, er weiß, daß es sein Leibgericht ist. Der Onkel ist und trinkt den guten Wein dazu.
Und wird immer freundlicher. Er scherzt mit der Babette und als er sich erhebt, da sagt er: „Alldann, Kinder...: dann kann i nix mehr tun! Herd's glücklich!“

Und...: na ja...: i will bei der Majorität verjuden, das Hausgesetz zu ändern! Net wahr?“
Da umarmen sie den Onkel und Babette gibt ihm einen herzhaften Kuß.
Er geht und nicht ihnen noch einmal fröhlich zu.
Er trifft Frau von Hochberg bei dem Grafen Karosch, dem sie zum siebenten Male von Pepis wahnsinniger Un- verschämtheit erzählt.
Als der Onkel eintritt, da stürmt sie auf ihn zu.
„Na, was habens erreicht, Herr von Holgendorff! Gebens die beiden nach?“
„Nix is!“ jagt der Feldmarschallentnant trocken.
„Des is a Schand! Des is unerhört! Kein Standes- bewußtsein hat der Pepi! Kariendsofel, die ganze Ari- stokratie wird den Kopf schütteln, wenns hört!“
Der Onkel ist wertwürdig ruhig.
„I weist net, so schimm kommts mir jetzt net mehr vor, wo i die Babette kenn! Das ist ein liebes, sauberes Kind!“
„A ausgh'hamtes Fraenzimmer!“ freischt die diese Frau.
Da greift Graf Karosch ein und sagt ernst in ver- weisendem Tone: „Frau Baronin, sprechen Sie in einem anderen Tone von der Babette! Das ist wirklich das, was Herr von Holgendorff sagt: ein liebes, gutes Kind, Wags ein Fehler sein, daß sie den Pepi liebt, aber sie liebt ihn und hat nie daran gedacht, daß sie durch die Heirat etwa in glänzende Verhältnisse kommen könnte.“
Die Baronin gibt etwas nach.
„I mein nur, es geht doch net! Man kann doch net an Sperling und an Papagei in ein und denselben Käfig sperren!“
Es geht noch eine Weile hin und her.

Fortsetzung folgt.



ihren alljährlichen Familienabend. Viele Jahre sind seit der letzten Feier in Herrenald verlossen, manches ist anders geworden und die stille Beobachter konnte wiederholt Unterhaltungen belauschen, wo die Erinnerung auf den großen Zeitraum überspannenden Brüder Gestalten und Ereignisse aufmarschieren ließ, die Zeugnis dafür ablegten, daß die Zeiten heute gegen damals von Grund auf sich geändert haben. Mit Wehmut und Würde sucht der pflichtbewußte Eisenbahner auch die Würde der Wirtschaftskrisis zu tragen und angedeutet ist bei ihm der Wille und die Hoffnung, daß auch einmal wieder andere Zeiten kommen müssen. Wie beliebt das Völkchen der Eisenbahner ist, war daraus zu ersehen, daß ein großer Teil der Herrenaldler Behörden, Geschäfts- und Privatleute der Feier beizuwohnen und lustig mitzumachen. Bald herrschte im Saale, angeleitet durch die mitreißenden Klänge der prächtigen Kapelle unter der Leitung des Herrn Wals ein frohes Treiben. Leider war es aus dienstlichen Gründen nicht allen Beamten vergönnt, an der Feier teilzunehmen — Des Dienstes ewig gleichgültige Uhr hinderte sie daran.

Es erblüht sich, die Feier in ihren Einzelheiten zu beschreiben. Sie kann als wohlgeleitete bezeichnet werden und sind wohl alle Teilnehmer wohlbefriedigt, in dem Gefühl, einige schöne Stunden erlebt zu haben, nach Hause gegangen. Hervorgehoben aber muß die wohlgeleitete Ausführung der beiden Theaterstücke: „Die lustigen Vagabunden“ und „Der taube Himmel“ werden. Lebhafter Beifall bewilligte die Leistungen der Mitwirkenden. Allen Mitwirkenden auch an dieser Stelle noch ein besonderes Lob. Zum Schluß folgte das obligatorische Tanzchen, dem sich alle Altersklassen mit Wonne angaben. Da war aller Schmerz vergessen, das schwebende Beinahe, getragen von dem Wellen schöner Tanzmusik, edelmütig und zuckelndes. Möge das ein gutes Omen dafür sein, daß uns unsere Eisenbahner mit Soldaten und Hochspannung recht bald und sicher einer besseren Zukunft entgegenführen, damit das nächstjährige Eisenbahnerfest unter einem günstigen Stern abgehalten werden kann.

Des Dienstes ewig gleichgültige Uhr leitet die Reihen der Teilnehmer immer mehr, der nidende große Zeiger schritt unerbittlich vorwärts und rief stumm und doch deutlich immer wieder „auf“, „auf“ und das beobachtende Auge sah, wie eben der nidende Zeiger immer wieder eine Uniform abberiet und als die letzten Teilnehmer sich in der Frühe trennten, da waren keine Uniformen mehr zu erblicken.

Herrenald, 7. Febr. (Nachrichten von der Wetterwarte Herrenald-Gaisital.) Das Meteorologische Jahrbuch 1931 für Württemberg, herausgegeben von Dr. C. Kleinmann, dem Vorstand der Meteorologisch-Geophysikalischen Abteilung des Württ. Statistischen Landesamts, ist dieser Tage erschienen und enthält u. a. die Ergebnisse der Beobachtungen auf der Wetterwarte Herrenald-Gaisital, die Hauptlehrer Knirsch beibringt. Aus dem reichen, fesselnden Inhalt teilen wir unsern Lesern das Folgende mit: Württemberg befißt 36 Wetterwarten, nachdem Weidenbäumen, Mergentheim, Sonnenhof-Heimbogen a. B., Bangen i. N. und Wildbad-Sommerberg neu hinzugezogen sind; außerdem sind 106 Regenwarten über das ganze Land verteilt. Herrenald-Gaisital, 428 Meter ü. M., ist mit Thermo-Hygrographen und Sonnenschein-Auto-graphen ausgestattet. Im Beobachtungsjahr 1931 jährlte die mittlere Lufttemperatur 7,1 Grad Celsius, das absolute Maximum 32,2 Grad Celsius am 14. Juni, das absolute Minimum 14,2 Grad Celsius am 19. Dezember, das mittlere Maximum 11,8 Grad C., das mittlere Minimum 3,3 Grad C. Es gab 115 Frosttage, 30 Wintertage und 26 Sommertage. Die Gesamtsunne der Niederschläge beträgt 1811,9 mm; der höchste Regentag wurde am 8. Mai mit 85,4 mm festgehalten. Zum Vergleich führen wir an: Die größte Summe überhaupt (1947,8 mm), Kreudenstadt (1906,8 mm); Wildbad (1669,7 mm); die kleinste Summe Mergentheim (730,0 mm), dann Niederflörsingen (781,8 mm), Wildbach (856,5 mm), Ulm (865,1 mm). Unter den Regenvarien erreicht Rühlstein die höchste Zahl mit 265 mm; dann folgen Kniebis (233 mm), Baiersbrunn (210 mm), Amfelsberg (204 mm) und Döbel (189 mm); die niedereen Zahlen zeigen Waldmannshöfen (78 mm), Gellingen (76 mm) und Kieblingen (76 mm). Unsere regenreichsten Monate waren August (255 mm) und Juli (250 mm); die Dürremomente des Sturmbetriebs, während im November nur 9 mm verzeichnet wurden, von April bis September 1306 mm. Nach dem 75jährigen Durchschnitt der Niederschlagsmengen ergeben sich für Herrenald-Gaisital 1350 mm, höherer Niederschlag im Juli 139 mm. Zum Vergleich: Rühlstein 2136 mm, Höchstzahl im Dezember (390 mm); Döbel im 75jährigen Durchschnitt 1273 mm, Höchstzahl im Juli (127 mm), 1 mm Niederschlag = 1 Liter auf 1 Quadratmeter Bodenfläche.

Göfen a. O., 6. Febr. Der gestrige Sonntag brachte zwei Hauptveranstaltungen, die vom Zueverein und die vom Militärverein. Ersterer wurde in der Turnhalle abgehalten und war sehr gut besucht. Sie verlief in der üblichen Weise und wurde von Vorstand Keuweiler geleitet. Aus dem Jahresbericht interessiert hauptsächlich, daß der Turnhallbau eine Ausgabe von 6800 M. brachte, von denen noch 4800 M. zu versetzen sind. Die Gesamteinnahmen betragen 692 M. gegenüber 571 M. Ausgaben. Die Geschäfte des Vereins wurden in 15 Ausstellungen und 2 Versammlungen erledigt. Die Neuwahlen brachten keine Aenderung. Der Ausschuß wurde um ein Mitglied, Alfred Rittmann, erweitert. Der neue Arbeitsplan sieht im Jelden des kommenden deutschen Turnfestes in Stuttgart, das vom Verein befehligt werden soll. — Die zweite Versammlung fand in der Sonne statt, was trotz des Frühlingwetters ebenfalls gut besucht und verließ harmonisch. Dr. W. L. u. a. u. e. r gedachte in seiner Begrüßung der großen Not von Volk und Vaterland und sprach die Hoffnung auf Besserung aus. Aus dem Kassensbericht mag erwähnt werden, daß es dem Verein gelungen ist, während der zwei letzten Rechnungsjahre etwa 300 M. an der Schützenhauskapital abzutragen, die dadurch auf 1057 M. reduziert ist. Die Neuwahlen brachten keine wesentliche Aenderung. Der Verein ist anlässlich seiner 70jährigen Zugehörigkeit zum Württ. Kriegerveteran mit der Durchführung des diesjährigen Bezirkskriegertages — voraussichtlich August — beauftragt worden. Die Vorbereitungen sollen unverzüglich in Angriff genommen werden. Den Schluß bildete das gemeinsame gesungene Deutschlandlied. — Einen verführten, respektvollen Nachschußers leitete sich der Hund eines hiesigen Geschäftsmannes, der auf der „Blindlingstier“ Verfolgung einer Katze das „Auge des Geseckes“ umrannte, so daß es vom Art für einige Tage ins Bett gedrückt werden mußte, da es hart an einer Gehirnerschütterung herumtrotzt.

Württemberg

Stagob. (Waldbbrand.) Sonntag abend wurde zwischen Eimlingen und Wildberg ein Waldbbrand beobachtet, dem bereits ein Mörten großbefahrene niedere Kultur eines Brötchenwagens zum Opfer fiel. Das Feuer wurde von einem Fremdenführer Omnibus aus zuerst gelöscht und auch gelöscht, so daß der unmittelbar dahinterstehende Hochwald verschont blieb.

Genkingen, O. K. (Eisenbahner.) Ein Gönninger Kommunist erschossen. Der erst zu Weinhöfen durch Anschläge aus dem Gefängnis entlassene 23 Jahre alte Kommunist Ernst Bader von Gönningen, der bei der politischen Schlichterei vor einem Jahr einen Vallinger SA-Mann durch einen Hieb mit dem Hammer verletzt hatte, geriet in der

Nacht auf Montag in Genkingen mit Leuten des Freim. Arbeitsdienstes in politische Händel. Auf dem Heimweg nach Gönningen wurde er von einem 23jährigen Mann vom Freim. Arbeitsdienst durch zwei Revolverwaffen getötet. Der Schütze ist der Rechnungsführer des Arbeitsdienstes in Genkingen und kommt von Hirtzu. Er ist etwa seit 4 Monaten in Genkingen. Nach in der Nacht traf die Staatsanwaltschaft Tübingen zur Untersuchung ein. — In der Nacht wird nach gemeindet, daß der erschossene Kommunist Bader am Sonntag mit einem Gönninger bei der Wintergartenfahrt in Genkingen war. Dort kam es aus politischen Gegensätzlichkeiten in einer Wirtshaus zu Reibereien. Die eine Gruppe sang dieses, eine andere ein anderes Lied. In der Nacht kam es auf der Straße zwischen Gönningen und Genkingen zu Zusammenstoßen zwischen den Kommunisten und zwei SA-Keuten. Der eine SA-Mann wurde mit einer Stachelpflanzel verletzt und flüchtete. Die Kommunisten verfolgten darauf den zweiten SA-Mann, der, als sein Befehlsgesetz ihm nachkommen, sich umdrehte und auf die Kommunisten schuß. Er traf dabei den Bader in die Herzgegend. Der Täter, der Arbeitsdienstliche Hans Spöth aus Hirtzu, widerte in Genkingen sofort den Verhaft. Er wurde sofort verhaftet. Das nähere wird die gerichtliche Untersuchung ergeben.

Sondelfingen, O. K. (Politische Unruhe.) Am Sonntag abend fand hier im „Gleichen Baum“ eine nationalsozialistische Versammlung statt. Zu gleicher Zeit hielten die Kommunisten eine Gegenversammlung in der „Rauhe“ ab. Gegen 11 Uhr zogen die Kommunisten vor das Versammlungslokal der Nationalsozialisten und nach kurzer Zeit schon war die schönste Schlägerei im Gange. Der Marktplatz diente als Schlachtfeld. Bierflaschen und Holzscheite dienten als Wurfgeschosse, endlich verlegt wurde jedoch niemand. Die Landjägersmannschaft und die hiesige Polizei räumten den Platz in kurzer Zeit.

Mümmeln, O. K. (Kasernen.) Wieder ein Großfeuer im badischen Postamt — Wohnhaus und 3 Kasernen zerstört. Nachdem erst Ende Dezember in Sindolheim zwei Wohnhäuser und 2 Scheunen einem Großfeuer zum Opfer gefallen waren, wurde neuerdings die Kaserne und das Wohnhaus des Jöh. Gramlich 1 und die Doppelschneure des Schmieds Gustav Kükert ein Raub der Flammen. Durch starken Sturm begünstigt, brannten die Gebäulichkeiten mit Jagern und Erntevorräten bis auf die Grundmauern nieder. Der Schaden ist sehr bedeutend.

Friedrichshafen, O. K. (Sozialregierung verdrängt Juppelinsandung.) Die Stadt Kirchheim hatte noch längeren Verhandlungen mit dem Juppelinsandungs-Friedrichshafen auf ihre Einladung zu einem Luftschiffahrt ein Fest gefeiert. „Groß Juppelins“ sollte im Laufe dieses Sommers bei Kirchheim landen und von dort aus eine Rundfahrt bis nach Helgoland antreten. Die Regierungskommission des Saargebietes hat diese Absicht nunmehr mit der Begründung durchkreuzt, daß die Genehmigung zu einer Luftschiffahrt nicht gegeben werden könne.

Friedrichshafen, O. K. (Ausfuhrkontrolle.) Eine verkehrte Ausfuhrkontrolle macht sich seit einigen Tagen im Bodenseegebiet bemerkbar. Die Reisenden werden ähnlich, wie es im Krieges üblich war, genau durchsucht.

Von der böner. Grenze. (Unter dem Bengelst.) Der bei dem Viehhändler Hermann in Kurlingen beschäftigte Chauffeur Jos. Christ wollte ein Bengelst vom Wagon abladen, als er ausglitt und unter das schwere Faß zu liegen kam. Er wurde mit lebensgefährlichen inneren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert.

Landesversammlung der württembergischen Verwaltungsbeamten

Stuttgart, 5. Febr. Der Verein Württ. Verwaltungsbeamten hielt am Sonntag vormittag im Stadtpark unter außerordentlich großer Beteiligung seine Landesversammlung ab. Als Gäste waren die Ministerialräte Dr. Rieker und Dr. Häfner, Präsident Knapp, verschiedene Landtagsabgeordnete sowie Vertreter von 25 Verbänden und Organisationen anwesend. Der erste Vorsitzende, Direktor Dillmann, begrüßte die hiesige Versammlung und betonte, daß gegenüber der Not der Allgemeinheit die Sorgen der Beamenschaft gewiß klein seien. Wenn die Beamten Sonderwünsche haben, so glauben sie, daß eine Verringerung ihrer Not auch eine solche des Volkes sei. Leider finden die Beamten in weiten Kreisen dafür kein Verständnis. Wenn der Verein in diesem Jahr auf ein 40jähriges Bestehen zurückblicken kann, so kann er sagen, daß er immer bestrbt war, dem Volk zu dienen. Ministerialrat Dr. Rieker überbrachte sodann die Grüße des Innenministeriums und Präsident Knapp die der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung. Den Geschäftsbericht erstattete Obersekretär Dehle. Er führte aus, daß die Beamten, ohne jedoch viel Dank und Verständnis dafür zu finden, in ihrer Gesamtheit die notleidenden Volksgenossen mit voller innerer Anteilnahme sich zur Seite gestellt und von allem Anfang an ihre Vereitwilligkeit gezeigt haben, sich mit dem Volke in seine Not zu teilen. Die Beamtschaft meidet sich aber gegen die dauernde Erschütterung der verfassungsmäßig gewährleisteten Grundlagen des Beamtenrechts. Ungeheißer ist das Schicksal der Regierungen gegenüber den Angriffen auf die Beamenschaft. Ohne anzumerken zu sein, daß das Berufsbeamtentum für sich in Anspruch nehmen, eine der Säulen zu sein, auf denen Deutschland groß geworden ist, auf denen es ruht und auf die es sich immer, auch in den schlimmsten Zeiten, wenn alles wankte, hat voll verlassen können. Auf eine neue Besoldungsordnung legt die Württ. Beamenschaft gar keinen Wert, denn sie wäre heute gleichbedeutend mit einer allgemeinen Gehaltsherabsetzung. Einer neuen Sonderbelastung der Württ. Beamenschaft möchte mit aller Entschiedenheit widersprochen werden. Ein dankbares Feld für Sparmaßnahmen wäre auch heute noch die Vereinfachung der Verwaltung. Man sollte nicht länger zögern, den mittleren Beamten alle die Geschäfte zu übertragen, zu deren sachgemäßer Erledigung eine akademische Ausbildung nicht erforderlich ist. Der Protest des Vereins Württ. höherer Verwaltungsbeamten ist unbedeutend. Wenn es dem Staat nicht gelingt, der deutschen Jugend einen neuen Lebensraum zu schaffen, so ist der Kampf der Generationen, in dessen Anfängen wir heute schon sehen, unvermeidlich. Die im Jahr 1921 getroffene Regelung zum mittleren Dienst war richtig und notwendig und das einzige Mittel, einen Zustand hinauszuhalten, wie er sich auf dem akademischen Arbeitsmarkt zeigt. Ein Mittel zur Erleichterung der Anstellungsnot wäre die Herabsetzung der Altersgrenze für die Zurechtweisung. Angehts die Tatsache, daß oft an dem pflichtgetreuen Ortsvorsteher im Wahlkampf die schamhaftesten Schmeicheleien abgegeben werden, muß man sich fragen, ob die Unruhe des Ortsvorstehers durch die ganze Einwohner-schaft noch haltbar ist. Eine böse Überraschung hat und der Erlaß des Reichsinnenministers vom 1. Januar 1931 an das Württ. Innenministerium bereitet. Der Erlaß verlangt die Unterstellung des gesamten gehobenen mittleren Dienstes in Württemberg unter die Anstellungsgrundsätze für Versorgungsbeamte. Vom 1. April 1931 an sollten demnach die Hälfte unserer Eingangsstellen für ehemalige Wehrmachtangehörige vorbehalten sein.

Dieses Verlangen ist sachlich unbedeutend und unmöglich. Der Erlaß des Reichsinnenministers des Innern darf nicht durchgeführt werden. Die Gründe, die im Jahr 1926 zu der Ausnahmevorschrift für den gehobenen mittleren Dienst geführt haben, bestehen heute noch ungemindert fort. Wir erwarten, daß die Württ. Regierung an ihrem grundsätzlichen Standpunkt gegenüber dem Reichsinnenminister festhält und die Interessen der Verwaltung und des Landes, aber auch das berufliche Schicksal von 200 mit ausländischer Regierungsgenehmigung zugelassener landesangehöriger Beamtenam-wärtter des gehobenen mittleren Verwaltungs-, Justiz- und

Finanzdienstes nicht um der Durchführung eines unpassenden Schemas willen preisgibt. Bei der Vornahme der Wahlen wurde Direktor Dillmann-Stuttgart als erster und Stellvertreter Schuhmader-Tübingen als 2. Vorkandidat wiedergewählt.

Zum Schluß wurde folgende Entschlieung angenommen:
I. **Wahlverfahren:** Die Landesversammlung des Vereins Württ. Verwaltungsbeamten nimmt mit Befremden und größter Erregung von der plötzlichen Absicht des Reichsinnenministers des Innern Kenntnis, den Württ. gehobenen mittleren Dienst den Anstellungsgrundätzen für Versorgungsbeamte zu unterstellen. Sie billigt die ablehnende Stellungnahme der Landesversammlung und gibt der Erwartung Ausdruck, daß das Innenministerium an der bisherigen, den tatsächlichen Bedürfnissen gerecht werdenden Regelung grundsätzlich festhält.

II. **Zulassung zum Fach.** I. Die Landesversammlung stellt fest, daß die vom Württ. Innenministerium auf Antrag sämtlicher beteiligter Ständesorganisationen für 1933 verfügte Vernehmung des Jünglings zum gehobenen mittleren Verwaltungs-dienst sachlich richtig und zum Ausgleich notwendig war. Da in der ganzen Laufbahn jährlich nicht mehr als 50 planmäßige Beamtenstellen frei werden, ist der Bedarf an Beamten nachwuchs im Württ. gehobenen mittleren Verwaltungsdienst auf Jahrzehnte hinaus gedeckt. Es liegt daher nur im wohlverstandenen Interesse der Bevölkerung, weitere Anwärter von der Erregung dieses überfüllten Berufes rechtzeitig abzuhalten, bevor unerzogene Zeit, Kraft und Geld an einen aussichtslosen Beruf gebunden ist. Wie dies leider besonders in akademischen Berufen in ungesunder und volkswirtschaftlich nicht vertretbarer Weise geschieht. I. Die Landesversammlung legt Wert auf die Feststellung, daß die bei der Zulassung zum gehobenen mittleren Verwaltungs-dienst hinsichtlich des Schulzeugnisses geforderten hohen Anforderungen sich aus dem großen Ueberangebot an Anwärtern (1932 bei 40 beachtlichen Zulassungen 24 Bewerber) zwangsläufig ergeben. Da ein besseres und gerechteres Mittel für die Auswahl der Bewerber nicht besteht, wird das Schulzeugnis auch künftig grundsätzlich den Maßstab für die Auswahl bilden müssen. Dies schließt nicht aus, daß, wie es schon bisher in ausgedehntem Maße geschehen ist, die sozialen Verhältnisse, insbesondere einverleibter Familien usw., in jedem möglichen Umiange bei der Zulassung berücksichtigt werden. I. Die Landesversammlung verurteilt aufs schärfste die sich mehrenden Fälle milder Verurteilung. Sie beauftragt die Landesversammlung, beim württembergischen Innenministerium auf Abstellung dieses Mißstandes zu drängen und auch in organisatorischer Beziehung im Benehmen mit den beteiligten Ständesorganisations-tionen die gebotenen Maßnahmen zu treffen.

III. **Schutz der Ortsvorsteher.** Die allgemeine Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse hat die Stellung der auf Zeit gewählten Ortsvorsteher in steigendem Maße erschwert. Die hauptsächlichsten Schwierigkeiten erwachsen dem Ortsvorsteher aus ihrer Tätigkeit als staatliche Vollzugs-beamte. Wenn der Staat auf die staatsrechtliche Durchführung seiner Aufgaben und auf die in der heutigen Zeit bitter nötige Wahrung des staatlichen Ansehens durch die Ortsvorsteher Wert legt, darf er tüchtige und einwandfreie Beamte nicht ihrem Schicksal überlassen, wenn sie zur Wiederwahl stehen. Nachdem die parlamentarische Behandlung der auf zeitweilige Verlangung der Wählbarkeit der Ortsvorsteher gerichteten Anträge der Württ. Ortsvorstehervereinigungen das wünschenswerte Verhandlung für die besondere Lage der Ortsvorsteher und die staats- und kommunalpolitische Seite der Sache leider zum Teil hat vernachlässigen lassen, muß von der Regierung erwartet werden, daß sie sich nötigenfalls im Wege der Rechtsverordnung den Ortsvorstehern hinsichtlich ihrer Wiederwahl einen besonderen Schutz gewährt.

Der Erdstrahlenschwindel

Stuttgart, 6. Febr. Die Württ. Merzstammer hat, wie das „Red. Korrespondenzblatt“ mitteilt, vor kurzem eine Ein-gabe an das Innenministerium gerichtet, in der sie das Innen-ministerium auf die Schädigung und Ausbeutung der Bevölkerung durch ungesetzliche Behandlung, durch nicht-approbierte Heilpersonen, durch Anwendung von Arzneimitteln und Hellmitteln und Vordringungsapparaten aufmerksam gemacht. Dabei hat sie insbesondere darauf hingewiesen, daß in neuerer Zeit die Bevölkerung durch Mittelungen über die angeblichen Gefahren der sog. „Erdstrahlen“ geängstigt wird. Dann werden „Abschirmapparate“ empfohlen, die die Bewohner der angeblich gefährdeten Häuser vor den Gefahren dieser Erdstrahlen, insbesondere vor dem Krebs und vor dem Rheumatismus, schützen sollen. Es ist einerseits nachgewiesen, daß solche Apparate bereits im Wert von vielen Millionen an die Bevölkerung abgesetzt wurden. Andererseits wurden in Aus-strahlen, die vor kurzem in Anstalten vor namhaften Gelehrten, Physikern, Geologen und Ärzten und ebenso in Tübingen festgehalten haben, festgestellt, daß es ausgeschlossen sei, daß den Erdstrahlen eine solche Wirkung zukomme, daß die dagegen empfohlenen Apparate sowohl unnötig, als gänzlich wertlos seien. Da aber die durch die Annahme der Häufigkeit der Krebsveranlassungen geängstigte Bevölkerung geneigt ist, kein Mittel unverzogen zu lassen, um sich vor der Erkrankung zu schützen, unterliegt sie der Ausbeutung dieser Krebsfurcht in immer größerem Umfang. Im Zusammenhang damit dürfte auch die Wiedergabe einer Anzeige aus dem Jahr 1843 interessieren, die, in einer Keutlinger Tageszeitung erschienen, genau wie man heute Abseiter gegen Erdstrahlen empfiehlt, Abseiter gegen die elektrischen Strahlen empfahl, die in Form von Amuletten getragen werden sollten, woran man erhebt, daß schon die damalige Industrie genau so geschäftstüchtig war wie unsere heutige.

Handel und Verkehr

Stuttgart, 6. Febr. (Landesproduktensätze.) Die innerpolitische Veränderung und die damit verbundenen Erwartungen von neuen Regierungsmaßnahmen zur Stützung des Getreidemarktes haben in letzter Woche eine freundlichere Stimmung hervorgerufen. Das Geschäft war lebhafter und die Preise für Weizen und Roggen, sowie auch für Mehl waren höher. Es notierten je 100 Kg. Württ. Weizen 20.—20.50 (am 30. Jan.; 19.50—20), Roggen 17.—17.25 (16.50 bis 16.75), Braugerste 18.—19.25 (am.), Futtergerste 16.—16.50 (am.), Hafer 12.50—13 (12.25—13), Wiesener 3.50—4 (am.), Klebe 4.50 bis 5.50 (am.), drockgepresstes Stroh 2.50—2.80 (am.), Weizenmehl 31.—31.50 (30.50—31), Brotmehl 24.—24.50 (23.—23.50), Kleie 7.75 bis 8 (am.) Mark.

Letzte Nachrichten

Hamburg, 6. Febr. In einem Verkehrsalokal der Nationalsozialisten in der Bremerstraße im Stadtteil St. Georg ereignete sich heute abend eine schwere Blutat. Der Schlofferlehrling Herbert Neubauer wurde beim Kussuchen der Toilette vom Hof aus durch das geöffnete Fenster von unbekanntem Täter erschossen.

Wien, 6. Febr. Infolge des durch das plötzliche Tauwetter auf der Donau entstandenen Eisganges ist eine große Fontonbrücke, die seit etwa 50 Jahren den gesamten Fußgänger- und Fuhrverkehr von Wien nach dem nördlichen Donauufer vermittelte, heute in früher Morgenstunde mit großem Krachen eingestürzt. Eine Planierabteilung ist mit Einrichtung eines Notverkehrs beschäftigt, der aber erst in etwa einer Woche freigegeben werden dürfte.

Paris, 6. Febr. In der Elektrizitätszentrale einer Autofabrik auf dem Quai Billancourt-Paris ereignete sich heute vormittag eine schwere Explosion. Bis jetzt zählt man 8 Tote und etwa 100 Verletzte.

Aus Welt und Leben

Eine Ladung Grippekranker. Der Ozeandampfer „Carnton“, der heute in Glasgow eingetroffen ist, scheint eine alles andere als angenehme Überfahrt gehabt zu haben, denn der Seegang war so stark, daß sechs von den Passagieren aus den Kojen stürzten und sich schwere Verletzungen zuzogen. Der Schiffsarzt kam vier Tage und Nächte lang nicht aus den Kleidern, es waren nämlich nicht weniger als vierhundert Kranke an Bord, die alle von einer „böartigen Influenza“ befallen waren. Man kann sich ungefähr vorstellen, mit welcher Erleichterung diese armen Seefahrer das Reiseziel begrüßt haben. Nach der Landung war der Schiffsarzt noch der einzige Kranke.

Arbeitslosigkeit vor 100 Jahren. In einer kulturpolitischen Blauderei über die Krisenzeit der vorigen Jahrhundertwende finden wir von Redakteur Dr. C. S. in dem „Eberacher Anzeiger f. Oberland“ über Arbeitslosigkeit und Hilfenmaßnahmen die Geschichte eines Zimmermanns in Gengen. Als er in einer Verzweiflungsstimmung in der Nacht seine Familie verließ, um irgendwo sein Glück in der Fremde zu machen, erließ das Stadtverordnetenamt folgende Anzeige: „Gengen. Der hiesige Bürger und Zimmermann, Friedrich Agel Martin, welchen der Druß der gegenwärtigen salutarischen Zeiten, die von denselben herrührende Nahrungslosigkeit und andere ökonomische Mißstände, zu dem ordnungswidrigen Schritt verleitet haben, sich kürzlich aus der hiesigen Stadt von Weib und Kindern heimlich zu entfernen, und sein besseres Glück in der weiten Welt zu suchen, wird von seiner betimmerten Familie dringendst gebeten, und von dem Oberamt bei seinen Untertanen und Bürgerpflichten wohlmeinend aufgerufen, seinen Entschluß nicht weiter fortzusetzen, sondern sich unverzüglich wiederum alhier einzufinden, gegen die Verschönerung, daß nicht nur seine Familie, sondern vorzüglich auch das

Oberamt alles anwenden werde, seiner häuslichen Lage eine ihm erwünschte Richtung zu geben. — Es ist gedachter Zimmermann Martin ein wohlgebildeter Mann von 33 Jahren, 6 Fuß groß, im Gesicht etwas blatternarbig und bei seiner Entfernung von hier mit einem dunkelblauen Leberrock, Stiefeln, dreieckigem Hut und französischem Haarputz bekleidet gewesen. Alle in- und ausländische, hohe und niedere Amts- und Gerichtsstellen, sowie einzelne Individuen werden hiermit angelegentlich ersucht, im Fall sich ermeldeter Martin irgendwo lenbar aufhalten sollte, ihn zur Rückkehr in seine Heimat zu veranlassen, und gefällige Nachricht anher zu erteilen. Gengen, am 21. Juni 1806. Königlich Württembergisches Stadtverordnetenamt allda.“

Das älteste Gasthaus Deutschlands ist nach den neuesten Forschungen das Gasthaus zum „Roten Bären“ in Freiburg i. B. Diesen Ruhm darf es nach den vorhandenen Urkunden für sich in Anspruch nehmen. Der Gasthof ist bereits in einer Urkunde vom 13. März 1367 erwähnt. Von dem damaligen „Bären“-Wirt Danmann Bienger konnte fast lückenlos die Reihe der Wirtsherren bis heute festgestellt werden. Das jetzige Wirtshaus ist aus einem Umbau in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts hervorgegangen. Die Kellergewölbe stammen jedoch zum größten Teil von dem mittelalterlichen Bau. Es ist ein seltener Fall, daß sich sowohl der Wirtshausname als auch die sogenannte Schildgerechtigkeit einer Gaststätte so viele Jahrhunderte hindurch an der gleichen Stelle bis auf den heutigen Tag erhalten haben.

Das Holzentor in Lübeck, das zum berühmtesten Wahrzeichen dieser alten Hansestadt geworden ist, droht einzustürzen. Die eingehende Untersuchungen ergaben, daß die Gefahr in den Fundamenten liegt, die hier im Tor es Trabebedes ruhen. Nach dem Vorschlage des Professors Dr. Ing. Rühl sollen Eisenbetonringanker in verschiedenen Höhen die Türme binden

und einige Verankerungsböden aus Eisenbeton im Innern der Türme und des Zwischenaubens ausgeführt werden. Alle Risse im Mauerwerk werden mit Zement unter Druckluft ausgefüllt werden. Im Interesse der Erhaltung dieses Bauwertes wäre es gelegen, die Arbeiten möglichst bald vorzunehmen zu können.

Geschäftliches

Eine Fülle von Verwendungsmöglichkeiten bieten der Hausfrau Maggi's Fleischbrühwürfel. Das stundenlange Auslöchen des Fleisches der Brühe wegen ist nicht mehr nötig, denn Maggi's Fleischbrühwürfel geben nur durch Auflösen in kochendem Wasser augenblicklich beste Fleischbrühe. Diese kann man als Trinktouillon, ohne oder mit Ei verwenden sowie zur Herstellung von Fleischbrühuppen mit Eulage wie Reis, Grieß, Nudeln, desgleichen zum Kochen von Gemüse und Hülsenfrüchten. Auch zur Bereitung von Soßen aller Art, zum Verlängern vorhandener Suppe oder Fleischbrühe sind sie sehr zu empfehlen. Es ist also gut, stets einen gewissen Vorrat dieser kleinen hübschen Küchengeräte im Haus zu haben.

Eine ganz besondere Überraschung hat die Firma Geschwister Knopf in Pforzheim in ihrem Erfrischungsräum anlässlich der Weissen Woche für ihre Kundschaft vorbereitet: **Musik aus der Luft.** Sie hören die herrlichste Musik, hervorgerufen nur durch Bewegung der Hand vom zartesten Pianissimo zum brausenden Fortissimo in feinsten Abstufung. Töne werden erzeugt, die dem allerbesten Cello einer alten Weige, einem Blasinstrument, ja sogar der menschlichen Stimme ähneln. Kritik Eduardoff's Weibervellen-Musik muß man gebührt haben. Der Künstler gastiert noch Dienstag und Mittwoch vormittags von 11.45-12.30 Uhr, nachmittags von 3.30-6.00 Uhr im Erfrischungsräum der Firma Geschwister Knopf in Pforzheim.

Schwann.

Verkauf von Nadelholz-Stammholz.

Die Gemeinde Schwann verkauft am Montag den 13. Febr. 1933, abends 8 Uhr,

aus	Stämme			Fehmeter						auf	Grund-	
	H.	La.	So.	I.	II.	III.	IV.	V.	VI.			Fm.
Grubwald und Wolfgrub	208	443	10	65.03	103.73	80.13	56.22	66.55	24.23	407.30	10514	83
	La.	2	2.21	5.07	1.76	2.09	0.28	—	—			
Saumwald und Hirschsprung	95	176	9	19.17	87.77	84.08	36.24	10.69	1.04	240.58	7469	29
	Sägholz	0.57	0.65	—	0.37	—	—	—	—			
Wolfgrub und Farnhell	—	509	—	6.89	34.39	91.47	86.54	45.39	5.98	274.21	7908	20
	Sägholz	—	—	1.06	2.34	0.21	0.14	—	—			
Grubwald und Sägemweg	401	27	2	—	55.71	129.38	65.69	26.38	1.65	280.01	8311	18
	Sägholz	—	—	—	0.62	0.60	—	—	—			
Langholz a. Hub	39	67	9	—	18.43	29.33	14.57	8.73	0.88	75.49	2264	48
	Sägholz	0.93	1.13	—	1.49	—	—	—	—			
rund	95	307	417	266	159	34	1278	36467	98			

Bedingungslos schriftliche Angebote auf die einzelnen Lose, ausgedrückt in ganzen Prozenten der zurzeit geltenden Landesgrundpreise, sind unter Anerkennung der Holzverkaufsbedingungen (die vom Württ. Waldbesitzerverband übernommen sind) unterzeichnet, verschlossen und mit der Aufschrift versehen „Angebot auf Nadelholz-Stammholz“

spätestens bis Montag den 13. Februar 1933, 20 Uhr,

beim Bürgermeisteramt Schwann einzureichen, wo anschließend vor dem Gemeinderat die Eröffnung der Angebote erfolgt, welcher die Bieter anwohnen können. Bezüglich des Zuschlags bleiben alle Rechte vorbehalten. Losverzeichnis sind vom Bürgermeisteramt erhältlich. Liebhaber sind eingeladen.

Den 4. Februar 1933.

Gemeinderat.

Neuenbürg.

3 oder 4 Zimmer-Wohnung

für sofort oder später zu mieten gesucht.

Zu erfragen in der „Enztäler“-Geschäftsstelle.

In Höfen ist Einfamilienhaus mit Garten,

günstig gelegen, geräumig, billig zu vermieten.

Angebote an Postfach Nr. 13 Neuenbürg/Württ.

Dennach, den 7. Februar 1933.

Todes-Anzeige.

Schmerz erfüllt machen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe, gute Frau, unsere treubeforgte Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin u. Tante

Luise Hörter, geb. Neuweiler,

im Alter von 42 Jahren am Montag früh 2 Uhr sanft in dem Herrn entschlafen ist.

In tiefem Leid:

Ernst Hörter mit Kindern u. Angehörigen.

Beerdigung: Mittwoch nachmittag 3 Uhr.

Neuenbürg, den 6. Februar 1933.

Danksagung.

Heimgeliebt vom Grabe unserer lieben Entschlafenen ist es uns ein Herzensbedürfnis, herzlichsten Dank zu sagen allen denen, die sie während ihrer Krankheit besucht und erquickt haben, insbesondere der Kapelle des Musikvereins, der Familie Ferd. Staub, sowie den Angestellten und der Arbeiterkassette der Fa. Waldbauer und allen denen, die sie zu ihrer letzten Ruhestätte begleitet haben.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Heinrich Schäfer.

Familien-Drucksachen

Besuchskarten
Vermählungsanzeigen
Geburtsanzeigen
Glückwunschkarten usw.
liefert in vornehmer Aufmachung
C. Nech'sche Buchhandlung.

Zwangs-Versteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am Mittwoch den 8. Februar 1933, nachm. 1 Uhr, in Höfen:
1 Schreibisch, 7 Fournier-
Uhren, 4 Zellulosebahnen, 7
Uhren mit Holzgehäuse, 2
Uhrengehäuse, 1 Uhrenge-
häuse, 1 Koffergarnitur.
Zusammenkunft am Rathaus.
Gerichtsvollzieherstelle
Neuenbürg.

W. Forstamt Liebenzell.
Oberförsterrevisor.

Beigeholz- u. Keifig-Berkauf

am Samstag den 11. Febr. 1933, nachmittags 2 Uhr, im Bad Liebenzell im „Adler“ aus Staatswald Unt. Lönech, Vord. und Hint. Nonnenweg, Zwernech, Mittl. u. Hint. Sommerhalde, Vord. und Hint. Kohlbad, Steinberg; Km.: 11 Bu.-Schr., 95 Bu.-Klopp., 70 Bu.-Anbr., 3 El.-Prügel, 12 El.-Anbruch, Nadelholz: 21 Schr., 97 Aussch.-Schr., 83 Aussch.-Prügl.; Keifig: 48 Flächenlose Nadelholzkeifig.

Möbel!

Ganze Zimmer sowie Einzelmöbel wegen Räumung und Umstellung verkauft zu billigsten Preisen

G. Riethimer Söhne, Pforzheim, Tunnelstr. 10 u. 12, Tel. 5018.

Holzkaufzettel

vorrätig in der C. Nech'schen Buchhdlg.



Ein Fest in Weiß

Seid.-Damaste

130 cm breit, kräftig, fein glänzend. Aussteuer-Qualität, in sehr vielen neuen Mustern Meter

1¹⁸

Brokat-Damaste

130 cm breit, Edelerzeugnisse erster Webereien, einmalige Sonderposten für Weiße Woche. Min.

1⁹⁵

Halbleinen

150 cm breit, mit wiederholt verstärkter Mitte, aus kräftig, gebleichten Garnen, vorzüglich Aussteuer-Qualität Meter

1⁶⁵

Parade-Bett-Garnituren

mit reichem 4-seitigem Seiden-Volant, -Einsatz u. reicher Fältchenverzierung, Kissen u. Oberbettchen zus.

8⁴⁰

Weisse Wochen

Damen-Hemden	echt Macco, oder U.-Zieh-	95
Schlüpfer Marke „Juvana“		
Gestrickte Kinderstrümpfe	kräftig	
Gr. 1-3	25,	Gr. 4-6 38,
Gr. 7-8	50,	
Frottiert-Handtücher	farbig u. weißbunt, gute Qualitäten	95
Gr. 58/120		

KNOPF

PFORZHEIM

Zwirntuch beson-
ders kräftige Stuhlware,
für Stenopazier-Bettlicher
1.85 für Kissen

95

Unterkleider und Schlüpfer
Charmeuse, II. Wahl

1⁴⁵

Nachthemden
Halollanell mit Stücken
oder farblich besetzt

1⁹⁵

Filtedecken
Hand gestopft, 130/160,
in vielen neuartigen Must.

8²⁵

Fenster-
garnitur Nessel
n. bunter Kurbelstickerel,
2 Schals u. Querbehäng,
vollst. dicht, zum Zusteh.

2⁹⁵

